

DIE LINKE. Berlin
8. Landesparteitag, 4. Tagung
24. September 2022

Antrag A 24

Antragssteller*in: OV Prenzlauer Berg West, Anne Schlönvoigt, Christoph Hey, Elke Breitenbach, Hans Schrieber, Hendrik Weipert, Jonas Teune, Lena Tietgen, Marit Protze, Salome Berhanu, Timo Traulsen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Bundesratsinitiative Mindestsicherung u.a.

2 DIE LINKE. Berlin als Teil der Berliner Landesregierung wirkt darauf hin, dass das Land Berlin eine Bundesratsinitiative mit folgenden Forderungen auf den Weg bringt:

- 4 1. Sofortige Anhebung aller Regelsätze der Mindestsicherung um 250€ zur Sicherung eines realistischen soziokulturellen Existenzminimums;
- 6 2. Beendigung der Anrechnung des Kindergelds als Einkommen des Kindes auf die Regelsätze sowie anderer Einkommen, z.B. aus Ferien- oder Studierendenjobs;
- 8 3. Abschaffung der Möglichkeit des Versagens von Leistungen aufgrund von fehlender Kooperation der Beziehenden zur tatsächlichen Durchsetzung des Sanktionsmoratoriums,

10 finanziert durch eine bundesweite Übergewinnsteuer auf Unternehmensgewinne.

11 Begründung:

12 Die Bundesregierung ist, wie allseits beobachtbar, unwillens, die Regelsätze auf ein realistisches Niveau anzuheben. Inmitten einer Inflation von 8% wurden die sowieso schon zu niedrigen Regelsätze nur um 13 3€ angehoben. Ein Verweis auf eine reaktive Anhebung auf das Inflationsniveau bedeutet, dass die 14 Empfänger*innen immer in Vorleistung gehen, während nur ein Bruchteil der inflationsbedingten Ent- 15 wertung ausgeglichen wird. 16

17 Die Bundesregierung feiert sich währenddessen für verpuffende Einmalzahlungen, die selbst bei monatlicher Auszahlung nicht die Differenz zum tatsächlichen Existenzminimum ausgleichen würden. Auch 18 zentrale Verbesserungen im Zuge der angekündigten Einführung des „Bürgergelds“ bleiben hinter den 19 realen sozialstaatlichen Notwendigkeiten zurück. Das Leben der Leistungsbeziehenden ist somit existenziell bedroht. 20 21

22 Eine LINKE Sozialpolitik muss hier aktiv menschliche Existenzen sichern, als Regierungspartei im Bundesland Berlin tragen wir dabei eine besondere Verantwortung. Als Berliner (Mit-)Regierungspartei haben wir auch besonderes politisches Gewicht und weitreichende Möglichkeiten über die Landesgrenzen 23 hinaus. Dies gilt es nun, in einer Bundesratsinitiative effektiv zur gesellschaftlich wirksamen Forderung 24 gegenüber der Ampelregierung einzusetzen. Über die zentrale Einbringung der Thematik der krisenbedingt 25 erneut verschärften allgemeinen sozialen Schieflage in Deutschland in den gesellschaftlichen Diskurs 26 und die politische Debatte hinaus stellt eine Berliner Bundesratsinitiative – evtl. in Zusammenarbeit 27 mit weiteren (LINKEN) Landesregierungen – eine wichtige Forderung an die Bundesregierung dar und 28 29

30 ist effektiv notwendig, um eine LINKE Sozialpolitik in Berlin in Bezug auf die Leistungen nach SGB II
31 umzusetzen.

32 Neben dieser bedeutsamen Möglichkeit zur realen Verbesserung des Lebens der Menschen in Berlin,
33 muss die Anrechnung des Kindergelds auf die Regelsätze beendet werden. Hierdurch haben die bedürftigsten
34 Kinder als einzige keinen Anspruch auf staatliche Unterstützung durch das Kindergeld, während
35 selbst Haushalte mit deutlich überdurchschnittlich hohem Einkommen ohne existenzielle Notwendigkeit
36 unterstützt werden. Eine dieser Praxis entgegengesetzte Forderung im Bundesrat kann Berlin mit der
37 notwendigen Kompetenz zur Umsetzung einer Maßnahme zur Herstellung sozialer Gleichheit versorgen.
38 Somit trüge Berlin zur Bekämpfung der im EU-Vergleich überdurchschnittlichen Kinderarmut in Deutschland
39 bei.

40 Diese Forderungen flankierend, ist die Berliner Kompetenz zur sofortigen Beendigung der 100%-Sanktionen
41 von Leistungsbeziehenden von der Bundesregierung einzufordern.

42 Das kürzlich beschlossene Sanktionsmoratorium ist als ethisches Minimum zu begreifen, wenn es denn
43 auch wirklich durchgesetzt würde. Viele Jobcenter nutzen andere Mechanismen (z.B. Versagung) als
44 Ersatz für Sanktionen, was in der Realität dazu führt, dass weiterhin 100%-Sanktionen möglich sind. Wie
45 können wir eine soziokulturelle Existenzsicherung für alle Berliner*innen fordern, wenn diese weiterhin
46 sanktioniert werden kann? Wie können wir unsere politische Kraft als Landesregierung effektiv vor der
47 Bundesregierung einsetzen? Die Sozialpolitik unserer Landespolitiker*innen ist lebensrettend. Sie kann
48 Existenzen effektiv(er) sichern, wenn der Bund sich bewegt. Bewegen wir ihn gemeinsam!